

Europabüro
der baden-württembergischen
Kommunen



ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN POLITIK FÜR LÄNDLICHE RÄUME

Positionspapier der Kommunalen
Landesverbände Baden-Württembergs

19. Februar 2025

DIE LÄNDLICHEN RÄUME IN EUROPA BRAUCHEN EINE ZUKUNFT!

Die Europäische Union muss ihre Kohäsionspolitik entlang ihrer Stärken weiterentwickeln, Transformationsherausforderungen bewältigen und Bürokratie abbauen. Dabei nehmen die ländlichen Räume eine besondere Rolle ein. Rund ein Drittel der EU-Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten, die 80 % der Fläche der Europäischen Union einnehmen. In Zeiten der Transformation stehen ländliche Regionen vor zentralen Herausforderungen wie der Bereitstellung zukunftsfähiger Infrastrukturen, der Diversifizierung der Wirtschaft, der Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum oder qualifizierter Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei geht es um grundlegende Fragen der regionalen Entwicklung.

Bislang ist die Stärkung der ländlichen Räume in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verortet. Historisch hat das EU-Förderwesen im Bereich der Landwirtschaft einen Grundstein für die vertiefte europäische Zusammenarbeit gelegt und daraus die regionale Förderung der ländlichen Räume entwickelt. Aber gerade Baden-Württemberg zeigt: Die ländlichen Räume sind mehr als der Raum für die Landwirtschaft.



DIE LÄNDLICHEN RÄUME SPIELEN EINE ZENTRALE ROLLE IN BADEN-WÜRTTEMBERG – HOHE LEBENSQUALITÄT UND WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK GEHEN HIER HAND IN HAND. DER LÄNDLICHE RAUM UMFASST RUND 70 % DER LANDESFLÄCHE UND BEHEIMATET EIN DRITTEL DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN BEVÖLKERUNG. DURCH DIE VIELEN INNOVATIVEN KLEINEN UND MITTELSTÄNDISCHEN UNTERNEHMEN BEFINDEN SICH DIE LÄNDLICHEN GEBIETE IN BADEN-WÜRTTEMBERG AUF AUGENHÖHE MIT DEN URBANEN ZENTREN - UND ERBRINGEN GANZE 30 PROZENT DER WIRTSCHAFTSKRAFT DES LANDES.

GEZIELTE STÄRKUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME IM RAHMEN DER STRUKTURFONDS

Die bereits stattfindenden Diskussionen um die Zukunft der Förderung der ländlichen Räume lässt vermuten: Der Schwerpunkt im Landwirtschaftsfonds soll – parallel zum Strategiedialog der Europäischen Kommission – auf den Themen Resilienz im Agrarsektor, Ernährungssicherheit und Vereinbarkeit von Landwirtschaft mit Umweltschutz liegen. Auch wenn diese Fragestellungen von großer Relevanz sind, muss befürchtet werden, dass die notwendige umfassende Stärkung der ländlichen Gebiete vernachlässigt wird.

Um weiterhin für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Europa einzutreten, muss dieser Bereich auch in der Förderstruktur stärker sichtbar werden. Die aktuelle Einbindung in die Landwirtschaftsförderung wird der Heterogenität der ländlichen Regionen in Europa nicht gerecht.

Bei der Konzeption des nächsten Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) für die Jahre 2028 bis 2035 soll die Ausgestaltung sämtlicher Europäischer Förderprogramme kritisch hinterfragt werden. Dabei muss auch den Bedarfen für nachhaltige und resiliente ländliche Räume Rechnung getragen werden.

Dazu ist es notwendig, der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen urbanen und ländlichen Räumen eine angemessene Förderstruktur sowie eine entsprechende finanzielle Ausstattung zu bieten und beide Bereiche gemeinsamer zu denken. Nur so werden alle Lebensräume in der EU bei der wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Transformation aktiv mitgenommen.

Dabei ist zweifellos: Erfolgreiche CLLD-Maßnahmen wie LEADER müssen eine zentrale Rolle spielen, um die Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen auch weiterhin über administrative Grenzen hinweg zu stärken und europäische Förderungen direkt vor Ort sichtbar und erlebbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund plädieren die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs für eine Stärkung der ländlichen Räume im Rahmen der bestehenden Strukturfonds, um die Stadt-Land-Beziehungen nachhaltig zu fördern und die Entwicklung in beiden Raumtypen gemeinsam voranzutreiben - mit einer präsenten EU in den Städten und den ländlichen Räumen.



WIR FORDERN:

- **Ländliche Regionen** müssen **ab 2028 als eigenständiges Politikziel der EU** verankert und mit angemessenen Mitteln und Instrumenten ausgestattet werden, um ihrer großen Bedeutung neben der Weiterentwicklung der Agrarstruktur durch die GAP Rechnung zu tragen.
- Hierfür bestehen verschiedene Optionen, die auf ihre Machbarkeit und Auswirkungen überprüft werden sollen. Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs plädieren für eine **Ergänzung der Dach-Verordnung** um das **eigenständige strategische Ziel “Nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume”**. Darunter sollen die **bisherigen Ziele des ELER jenseits der Agrarsektors** inklusive deren Budget-Anteile subsumiert werden. Hierfür benötigt werden:
 - eine entsprechende **Förderachse** in der Dach-Verordnung sowie damit einhergehende Interventionsbereiche und Codes
 - analog zur nachhaltigen Stadtentwicklung **Vorgaben** für die thematische Konzentration bzw. eine Mindestquote für Fördermittel für ländliche Räume

Die Richtlinien zur ländlichen Entwicklung (LEADER, ILE) könnten weiterhin durch die verantwortlichen Ressorts konzipiert und in die Strukturfondsprogramme integriert werden; dies hätte nur einen **geringen Eingriff in die Governance** zur Folge. Auch **CLLD-Ansätze** könnten durch diese Herangehensweise erleichtert werden.

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen steht für einen Austausch bereit.

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Rue Guimard 1 - 1040 Brüssel - Belgien

+32 2 513 64 08

sekretariat@europabuero-bw.de

www.europabuero-bw.de